

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Post-
geld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verbands-Anzeigen werden mit 30 % für die drei-
gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet.

Zum dritten Kongress für Bauarbeiterschut.

Ueberrnorgen, am 11. August, tritt in Leipzig im Festsaal der Internationalen Bauausstellung, der dritte Bauarbeiterkongress zusammen. Zeit und Ort der Tagung geben eine besondere Bedeutung. Inmitten einer Schaulustigen des Bauens unserer Zeit, wie sie nach dem Urteil der Sachkenner noch niemals umfassender ins Wert gesetzt worden ist, wird die Bauarbeiterschaft durch ihre Vertreter fundiert, wie es heute um den Schutz der Hunderttausende steht, von deren Händen unser Gewerbe lebt, und wie es darum stehen sollte. Bei der Wahl des Ortes und der Zeit der Tagung hat den Veranstalter sicherlich nichts ferner gelegen, als dadurch mit den Veranstaltern der großen Schaulustigen zu betonen, dass die Bauarbeiter in der nächsten Woche sein werden, ist, was alle Ausstellungen dieser Art sind und sein müssen, gesellschaftliche Unternehmung, und zwar Kettene Gruppen. Ihre Lösung und ihr Ziel ist immer und unter allen Umständen, Geschäft, und kein einziger der Aussteller verbindet mit der Besichtigung der Ausstellung eine andere Absicht als die, seine Interessen zu fördern.

Mein: wenn die am Bauarbeiterschut. beteiligten deutschen Gewerkschaften ihren Kongress nach dieser Ausstellung einberufen und wenn sie sich selbst durch die Errichtung eines Gebäudes zur Aufnahme von Geschäftsmodellen an der Ausstellung beteiligen, so haben sie dabei keinen Augenblick vergessen, daß sie trotzdem fremde Gäste auf der J. B. A. sein werden. Es ist ja sicherlich ein schöner Sonntagsgastmahlgegend, sich vorzustellen, daß auch die Arbeiter zum „deutschen Baugewerbe“ gehören; aber man unterlasse einmal die Ausgebungen unserer Unternehmer daraufhin, nach der Auffassung zum „deutschen Baugewerbe“ zählt. „Wir, das deutsche Baugewerbe“, so heißt es da, und man meint damit Unternehmer, Bauhelfer, Bodenbesitzer, Baugeschehen usw., aber auf keinen Fall die Hunderttausende, die Millionen von Arbeitern und ebenso wenig das Heer der Techniker, auf deren vereintem Schaffen das ganze Baugewerbe beruht. Mein: wenn wir Bauarbeiter zur J. B. A. gehen, so geschickt es, um unsere Klagen und Forderungen von einer möglichst viel beachteten Stelle aus vorzubringen, um dadurch von denen, an die sich unsere Klagen und Forderungen richten, besser gehört zu werden.

Seit dem zweiten Bauarbeiterkongress, der am 29. März 1903 in Berlin tagte, sind nunmehr zehn Jahre vergangen, eine verhältnismäßig lange Zeit. Die Frage, was diese zehn Jahre für den Arbeiterkongress auf Bauen bedeuten, läßt sich nicht beantworten ohne die andere Frage, welche Wirkungen das Eingreifen der Arbeiterkongresse in dieser Hinsicht überhaupt gehabt hat. Einzelne Kreise der Bauarbeiterschaft haben sich schon frühzeitig mit der Förderung des Schutzes vor den Gefahren der Berufsarbeit beschäftigt. Schon Grottkau, der Führer der Maurer in den siebziger Jahren, hat die Aufmerksamkeit seiner Kollegen auf diese Aufgabe gelenkt. Aber es ist erklärlich, wenn diesen Bestrebungen in jener Zeit, wo die Organisation um ihr einfaches Dasein ringen mußte, ein größerer, in der Wirklichkeit bemerkbarer Erfolg versagt blieb. Auch in der Zeit der Freigewerke haben sich einzelne vortreffliche Vereine darum gekümmert und manne Anstrengungen gemacht. Aber dies blieben doch immer vereinzelte Versuche, die vielleicht die Verhältnisse auf einer Baustelle oder an einem Ort beeinflussten, jedoch für die allgemeine Entwicklung von keiner Bedeutung waren. Erst als die Zentralverbände geschaffen waren und hinreichende

Stärke erlangt hatten, um auf die Allgemeinheit der Berufsangelegenheiten einzuwirken, erlangte das Eingreifen der Arbeiter eine größere Bedeutung. Eine gewaltige Aufrüttelung brachte das Erscheinen der kleinen Schrift: „Mißstände im Baugewerbe“, die die Generalkommission auf Grund umfangreicher Erhebungen der Bauarbeiterverbände im Jahre 1897 herausgab. Die Erhebungen, die im Jahre 1895 erfolgt waren, hatten die Arbeiter erstmalig nachdrücklich für die Fragen des Bauarbeiterschutzes zu interessieren versucht und waren daneben den Behörden und Berufsgenossenschaften etwas unangenehm auf die Nerven gefallen; schon sie allein, ganz abgesehen von ihren Ergebnissen, rüttelten viele auf und gaben den Anstoß zu ernsthaften Bemühungen der Arbeiterschaft.

Das Jahr 1899 brachte dann zwei für die Geschichte des Bauarbeiterschutzes sehr wichtige Maßnahmen: den ersten Kongress und die Bildung der Zentralkommission. Von jetzt an erst konnte man von einem wirklichen, merkbaren Einfluß der Arbeiter sprechen. Der Kongress fand viel Beachtung; nicht nur die Arbeiterpresse würdigte ihn nach Gebühr, sondern auch bürgerliche Blätter haben sich veranlaßt, sich mit den vom Kongress behandelten Gegenständen zu beschäftigen. Die Zustände auf den Bauten waren aber so haarsträubend, daß selbst die eingetragenen Unternehmerfreunde die Notwendigkeit gründlicher Besserung nicht zu leugnen wagen konnten. Es war offensichtlich, daß insbesondere die Berufsgenossenschaften die ihnen durch Gesetz zugewiesene Aufgabe der Unfallverhütung in unerfüllter Weise vernachlässigten. Im Jahre 1898 wendeten die sämtlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaften sache und schreibe. M. 58 000 für Überwachung der Betriebe auf! Einige, wie die Magdeburger und die Schlesische-Polnische Berufsgenossenschaft, hatten überhaupt, solange sie bestanden, noch keinen roten Heller dafür aufgewendet! Und wo die anderen Berufsgenossenschaften Ausgaben für diesen Zweck anführten, da bestand die Überwachung der Betriebe in der Revision der Lohnnachweisungen und hatten keinen anderen Zweck, als festzustellen, ob die Unternehmer die richtigen Beiträge gezahlt hatten.

Die allerniedrigsten Bestimmungen, die zur Verhütung von Unfällen gegeben waren, fanden nur auf dem Papier und wurden in himmelstürmischer Weise mißachtet. Die wenigsten Unternehmer kümmerten sich zum Beispiel um die Vorschrift, die Gerüste mit Bruchwehren zu versehen, unter den Arbeitserfassen Schutzgriffe anzubringen oder die Balkenlagen abzuwecken. Die Ausfallsräume für die am Bau tätigen Arbeiter, die ihnen zur Einnahme der Mahlzeiten und zum Schutz bei vorübergehender Blitterungsunbill dienen sollten, fehlten in vielen, vielen Fällen oder waren mit einer solchen Unordentlichkeit aufgestellt und allerniedrigst so schmutzig, daß die Arbeiter sie lieber gar nicht benutzten. Dabei machte es keinen Unterschied, ob es sich um den Schwindelbau eines beliebigen Bauhelfers oder um öffentliche Gebäude handelte, die auf Rechnung der Gemeinde und Landesbehörden errichtet wurden. Die scharfen Worte waren zu schwach, um die Mißstände zu kennzeichnen, unter denen die baugewerblichen Arbeiter Tag für Tag ihr Leben ausführen mußten.

Da wirkte der Kongress wie ein weithin hallender, weckender und auflagernder Ruf. Was bis dahin nur das hoffnungslose Streben einzelner Vorkämpfer gewesen war, die vielfach Prediger in der Wüste blieben, das teilte sich nun vielen Tausenden mit, die tatendrohend Hand anlegten, um den tief im Sumpf stehenden Karren des Bauarbeiterschutzes mit fräftigen Stößen vorwärts zu treiben. Die gleichzeitig gebildete Zentralkommission für Bauarbeiterschut. sorgte dafür, daß die schon begeisterte nicht wirkungslos verpuffte, sondern der praktischen Arbeit mehr genützt wurde. Von dieser Zeit an haben wir erst eine Bewegung für den Bauarbeiterschut. Durch die Tätigkeit der Zentralkommission gelang es dann, in vielen Orten Bauarbeiterkongresskommissionen ins Leben zu rufen, die alle reichlich zu tun fanden, sofern sie die rechte Lust dazu hatten.

Der Kongress hatte die Forderung aufgestellt, in Rahmen eines Reichsbaugesetzes anzuordnen, „die versicherungspflichtigen Baubetriebe ebenso wie die Fabrikbetriebe durch staatliche, mit dem Baumeister vollständig vertraute Beamte zu überwachen, mit der Aufgabe, daß diesen Beamten . . . praktisch erfahrene Arbeiter als Baukontrolleure zur Seite gegeben werden“. Daneben schlug er vor, falls man diesen Weg nicht gehen wollte, im Titel VII des Unfallversicherungsgesetzes zu bestimmen: „Die versicherungspflichtigen baugewerblichen Betriebe unterliegen einer besonderen regelmäßigen Kontrolle in bezug auf Unfallverhütung. Diese der allgemeinen Gewerbeaufsicht angliedernde Kontrolle wird ausgeübt von besonderen Kommissionen, welche von den Bauarbeitern der Berufsgenossenschaften und der Arbeiterorganisationen zu gleichen Teilen gebildet werden und unter Leitung sachmännischer staatlicher Beamten stehen.“ Diese Kommissionen haben auch die Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen. . .

Wie man von den Unternehmern nicht anders erwarten konnte, bekämpften sie diese Forderung, suchten sie den Kongress als das Werkzeug „bezahlter Geher“ hinzustellen, und priesen sie die schandbaren Zustände auf den Bauten als durchaus einwandfrei. Aber die Zahlen der Unfallstatistik redeten denn doch eine zu deutliche Sprache, als daß ihnen die Täuschung gelingen konnte. Freilich wurden die Forderungen des Kongresses nach Mitwirkung der Arbeiter bei der Bautenkontrolle von den Sprachrohr der Reichsregierung abgelehnt, aber nicht abgelehnt konnte werden die anklagende Kritik, die die Wirklichkeit der Berufsgenossenschaften durch den Kongress erfahren hatte. Schon ein Jahr zuvor hatte der Staatssekretär des Innern, Graf v. Posadowsky, sicherlich unter dem Eindruck der Erhebungen und der Schrift über die Mißstände, ein Rundschreiben an die verbündeten Regierungen gerichtet, worin er sie auf die Mißstände im Baugewerbe aufmerksam machte und eine schärfere Durchführung der bestehenden Vorschriften anregte. Auch er, der gerade in dieser Zeit durch die Vertretung der Bauhausvorlage gemutet dargelegt hatte, auf wessen Seite keine Sympathien standen, mußte in diesem Rundschreiben zugeben, „daß die Befolgung dieser (der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungs-) Vorschriften vielfach mangelhaft ist, und daß durch eine intensivere Überwachungstätigkeit seitens berufsgenossenschaftlicher Organe zahlreichen Baunfällen vorgebeugt werden könnte“.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß es die Klagen der Arbeiter waren, die die Regierung ermunterten hatten.

Nun begann die Zeit der Erlasse, Rundschreiben, Verordnungen. Auch den Berufsgenossenschaften bedeutete die Regierung, daß es nun Ernst mit der Überwachung der Betriebe werden müsse. Da die Bauarbeiterschaft durch den zweiten Kongress vom Jahre 1903 den Regierungen und Berufsgenossenschaften dicht auf den Fersen blieb, so wurden tatsächlich einige Verbesserungen erzielt. Die Berufsgenossenschaften mußten sich dazu bequemen, Aufsichtsbearbeiter anzustellen und auf die Bauten zu schicken. Sie taten es der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. Und was sie taten, nichts als ihre Pflicht und Schulpflicht, das verstanden sie nicht, auf Markt und Gassen als Beweis dafür auszulassen zu lassen, daß hinter den Klagen und Forderungen der Arbeiter nichts als heuchlerische Einstellung stecke, obwohl es diese Klagen waren, die sie erst in Bewegung gesetzt hatten.

Wie wenig Ursache haben doch die Berufsgenossenschaften sowohl wie die Behörden, die erreichten Verbesserungen als ihr Verdienst anzusehen! Und nebenbei bemerkt: wie überaus bescheiden sind diese Verbesserungen! Im letzten Jahrzehnt, von 1902 bis 1911, hat sich die Zahl der entfallenden Arbeiter von 13,05 auf 10,04 pro tausendollarbeiter vermindert, die tödlich Verletzten von 1,07 auf 0,85 pro tausendollarbeiter gesunken. Dabei hat sich freilich die Zahl der gemeldeten Unfälle von 54 auf 68,90 pro tausendollarbeiter vermehrt, und es ist die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß die

Berufsgenossenschaften die Zahl der entschädigten Verletzten dadurch künstlich niedrig halten, daß sie die Rentenansprüche recht rückfichtlos behandeln. Die Besserung auf dem Gebiet des Bauarbeiter-schutzes ist also nicht nur äußerst geringfügig, sondern auch recht fragwürdig. Wenn es freilich auf Polizeiverordnungen und Unfallversicherungs-Vorschriften anläßt, und wenn diese dem unbefangenen Pflichtgefühl der Behörden und Berufsgenossenschaften entspringen wären, dann möchten diese ein Recht haben, sich in die Brust zu werfen. Aber weder das eine noch das andere ist zu bejahen. All diese zum Teil recht unsichtigen Bestimmungen sind törenes Erz und klingende Schelle, sofern nicht hinter ihnen die dauernde Sorge und der feste Wille stehen, sie durchzuführen, ihnen Nachachtung zu verschaffen. Und hier vornehmlich ist die Stelle, wo in Zukunft der Hebel eingesezt werden muß, wenn wir weiterkommen wollen!

Die Druckschwärze auf dem Papier muß Wirklichkeit auf der Arbeitsstelle werden!

Nicht an brauchbaren Vorschriften, an ihrer Durchföhrung gebrüht!

Darin liegt der Schwerpunkt der Aufgabe des dritten Kongresses, daß er den Behörden und Berufsgenossenschaften möglichst nachdrücklich sagt: Seht durch, was ihr auf dem Papier vorgeschrieben habt, schafft eine bessere Bauarbeiterkontrolle! Ihr könnt sie aber nur schaffen, wenn ihr erfahrene Arbeiter dazu heranzieht, Männer, die selbst wissen, wie ein gutes Gerüst gebaut sein muß, und die sich unabhängig genug fühlen, um ohne Furcht vor dem Stimmzettel der Bureaukraten und Unternehmer darauf zu bestehen, daß den Arbeitern das Maß von Schutz werde, das ihnen nach euren Verordnungen und nach den Gesetzen der Menschlichkeit zusteht! Aber ist es damit getan? Nein! Der Kongreß muß daneben auch zu den Arbeitern sprechen, und was er ihnen sagt, darf nicht etwa eitel Preis und Lob sein. Auch ihnen muß der Kongreß sagen, daß sie mehr tun müssen und sich nicht auf die Regierung und auf die Berufsgenossenschaften verlassen dürfen. Auch hier muß der Kongreß ein Gewissensweder sein.

Die Vorbereitungen zum Kongreß sind mit aller erforderlichen Sorgfalt getroffen. Möge er bringen, was wir erhoffen, und möge er bei allen Berufsenen, vor allem aber bei den Bauarbeitern die ihm gebührende Beachtung finden!

Die bevorstehenden Kämpfe um den Zolltarif.

Der schweren Industrie wird es in erster Linie darum zu tun sein, die Zölle, denen sie sich heute erfreut, festzuhalten. Zu diesem Zweck wird sich ihre wirtschaftliche Interessenvertretung, der Zentralverband deutscher Industrieller, bemühen, nach wie vor die guten Beziehungen zum Bund der Landwirte zu pflegen, ohne daß er jedoch von vornherein Neigung zeigen dürfte, dessen Wünsche nach dem stufenlosen Zolltarif zu unterstützen, da eine weitere Vertiefung der Lebensmittel, die die Arbeiter-schaft zu höheren Lohnforderungen treibt, auch der wohlgefügten Industrie unbehagen sein würde. Man wird versuchen, eine Einigung zwischen den beiden wirtschaft-

lichen Mächten herbeizuföhren und danach, ähnlich wie es 1902 geschah, die zoll- und handelspolitischen Verhältnisse des Deutschen Reiches zu regeln.

Die Frage ist nun, ob die beiden großen Verbände, Bund der Landwirte und Zentralverband deutscher Industrieller, noch dieselbe Macht besitzen wie vor einem Jahrzehnt, ob sie noch gemeinsam dem deutschen Volke seine Lebensbedingungen diktiert können. Es haben sich inzwischen bekanntlich Gegenströmungen bemerkbar gemacht, die in dem Deutschen Bauernbund und dem Hanfabund ihre Vertretung finden. Was der einen wie der andern dieser neuen Organisationen fehlt, ist ein fest umrissenes positives Programm, mit dem sie dem Bund der Landwirte und dem Zentralverband deutscher Industrieller entgegenzutreten können. Sie leiden an der Krankheit des gemäßigten Liberalismus: sie wollen vernünftigen und kompromittieren, sagen nicht Ja, wo die andern Nein sagen, sondern höchstens „Ja, aber“. Damit begeben sie sich nicht nur der Aussicht, sondern auch des Willens, einen Sieg über die bisher herrschende Richtung davonzutragen. Sie sehen dem derzeitigen System der Wirtschaftspolitik nicht etwa das System des Freihandels entgegen, sondern wollen nur ein wenig an den bestehenden Zöllen markieren. Insbesondere denkt der Bauernbund nicht daran, von den Zöllen des Bundes der Landwirte allzu weit abzuweichen. Höchstens entschließt er sich dazu, im Interesse der wichtigsten kleinen Besitzer eine Herabsetzung des Zolles auf Futtermittel zu verlangen, und da er eine Art von landwirtschaftlichem Ausmaß des Handels darstellt, sind damit auch die Klärungen dieses größeren Verbandes, soweit die Agrarzölle in Frage kommen, gegeben.

Mit dem Zentralverband deutscher Industrieller ist der Hanfabund vor zwei Jahren in einen sehr heftigen Konflikt geraten, nachdem zuerst der von Kaufe aus unumgänglichem Verzicht gemacht worden war, Schwerindustrie, verarbeitende Industrie und Handel unter einem Hut zu vereinen. Man darf nun darauf gespannt sein, wie dieser Konflikt auf die Formulierung der zollpolitischen Wünsche des niedrigen Bundes zurückwirken wird. Letztlich steht die verarbeitende Industrie — um vom Handel zunächst zu schweigen — der Zollpolitik ganz anders gegenüber als die der Rohprodukte und Halbfabrikate. Ihr Interesse ist auf billige Herstellungskosten und günstige Absatzmöglichkeiten im Inlande und im Auslande gerichtet.

Billige Herstellungskosten — das heißt zunächst: nicht zu hohe Arbeitslöhne. Die Vertiefung der Lebensmittel durch den Zoll muß aber naturgemäß die Lohnansprüche der Arbeiter steigern, und so wird die Fertig-Industrie in einen Gegensatz zur agrarischen Schutzpolitik gedrängt. Ferner verlangt sie billiges Rohmaterial. Ist aber die schwere Industrie durch Zölle geschützt, so fehlt sie mit Hilfe der Kartelle und Syndikate die Materialpreise in die Höhe und verschlechtert den Verarbeitenden die Produktionsbedingungen. Dazu kommt noch eins: Um die Preise im Inlande hochzuhalten und den inneren Markt von der Mehrproduktion zu entlasten, verschärfert sie unter Umständen ihre Ware ins Ausland und setzt die ausländische Industrie dadurch in die Lage, billiger zu produzieren als die deutsche.

Für diese merkwürdige Art, die nationale Arbeit zu schützen, gibt es eine ganze Reihe von Beispielen. So ver-

danke die belgische Drahtstiftindustrie ihr Entstehen geradezu dem Umstand, daß die deutschen Walzwerke ihr den Walzdraht billiger lieferten als den deutschen Drahtstiftfabriken. Deutsche Feinblechwalzwerke haben darüber geklagt, daß das deutsche Halbzeug in Antwerpen um 1/19 niedriger im Preise stehe als auf dem deutschen Markt. Die englische Schiffindustrie hat ihre Vorteile von dem niedrigen Preise deutscher Stahlplatten gezogen, und wir wissen ja, daß sogar die fibranas nationale Nahrungsmittelindustrie gelegentlich kein Bedenken trägt, dem Ausland die Panzerplatten billiger zu verkaufen als dem eigenen heimischen Vaterland. Diese Mängel der so heiß geliebten deutschen Erzeugnisse im Ausland noch schwerer den Absatz deutscher Erzeugnisse auf, daß sich über das Maß hinaus, das dadurch gegeben ist, daß sich die fremden Staaten, deren Bodenprodukte in Deutschland durch höhere Zölle belastet werden, durch die Erhöhung der Abgaben auf deutsche Fabrikwaren revanchieren.

Allerdings wird andererseits die verarbeitende Industrie durch Zölle auf die entsprechenden Produkte des konkurrierenden Auslandes geschützt. Aber es kam gar keinem Zweifel unterliegen, daß sie, von ganz wenigen Branchen abgesehen, heute besser fahren würde, wenn ihr statt dieses Schutzes jener andere gewährt würde, der in der Befreiung der agrarischen und schwerindustriellen Zölle besteht. Wo das Interesse der Allgemeinheit in diesem Falle liegt, braucht gar nicht erst gesagt zu werden. Trotzdem aber kann keine Rede davon sein, daß der Hanfabund die freihändlerischen Konsequenzen zieht; er wird sich auf die Forderung des „Abbaues“ einzelner Positionen beschränken. Wenn wir nun diese Konstellation auf die parteipolitische Gruppierung des Reichstages übertragen, so ergibt sich, daß es die nationale liberale Partei ist, innerhalb deren die Gegenkräfte zwischen den alten und den neuen Interessengruppierungen aufeinanderstoßen werden. Bei den Konservativen herrschen die Anschauungen des Bundes der Landwirte, die Freikonservativen sind durch diesen und den Zentralverband deutscher Industrieller beeinflusst, und links von den Nationalliberalen in der Fortschrittlichen Volkspartei finden die hanfabundlichen oder sogar noch weitergehende Abbauwünsche ihre Vertretung. Mein Wunder, daß jetzt die konservative Presse Tag für Tag die Nationalliberalen zur Stellungnahme gegen Zölle auffordert und sie auf die Gefahren aufmerksam macht, die ihnen und ihrem Fortkommen von einer Vertiefung der Interessen der schweren Industrie drohe. Jedoch die Konservativen werden sich selber sagen, daß die Aussicht auf eine Unterstützung ihrer Zollschonungspläne durch die nationalliberale Partei nur sehr gering ist, und so denken sie in Wirklichkeit nur daran, den sogenannten gemäßigten Liberalismus vor einem allzu starken Abweichen von den Zöllen des heutigen Zolltarifs zu bewahren. Und das wird ihnen ohne Zweifel gelingen, denn wenn sich die Gefolgschaft Bismarcks auch vom Zentralverband abgewandt und dem Hanfabund angeschlossen hätte, so bedeutet das schon an sich kein Aufgeben alter Prinzipien; außerdem aber wird sie auch in den Fragen der Wirtschaftspolitik immer darauf bedacht sein, die Fühlung mit den Parteien auf der Rechten aufrecht zu erhalten, und das Zentrum, das selbst eine Vermittlung zwischen den Ansprüchen seiner Angehörigen aus den verschiedenen Wirtschaftsklassen sucht, wird die Nationalliberalen in diesem Bestreben, die Hochstände

San Franzisko.

Eine Schilderung von Robert Noos.

Am kalifornischen Küstenstreifen, wo nach vor kaum 100 Jahren eine Anzahl Ansiedler ihre Hütten freilich oder erkämpft, besteht heute ein nicht unbedeutender Welt-handelszentrum. Das ist die Stadt mit dem stolzen klingenden Namen San Franzisko, die größte Stadt im Staate Kalifornien, deren auch nicht die Hauptstadt. Die Hauptstadt ist Sacramento. Kalifornien ist ein langgestreckter Küstenstaat, im südwestlichen Teile der Vereinigten Staaten gelegen. Seinem Flächeninhalt nach ist er der zweitgrößte von den 48 Staaten der nordamerikanischen Union. Kalifornien zeichnet sich aus durch sein außerordentlich milde Klima. Seltener ist fast gänzlich unbekannt. Eine üppige Vegetation gedeiht während des ganzen Jahres, insbesondere im Süden, kaliforniens mit der schon genannten Stadt Los Angeles. Wenn der größte Teil der zivilisierten Welt mit Eis und Schnee bedeckt ist, dann scheint in Kalifornien fast täglich die Sonne am blauen Himmel zu stehen.

San Franzisko hat eine halbe Million Einwohner. Die Stadt liegt an einem von Land herab aufsteigenden, der einen von Natur gut gelegenen und geschützten Hafen darstellt. Das ist es, was die Stadt zu dem gemacht hat, was sie heute ist. Die Stadt erreichte erst einige Bedeutung mit dem Jahre 1849. In Kalifornien wurden im Jahre 1848 goldreiche Goldlager entdeckt, was natürlich viele Goldsucher aus der ganzen Welt anzog. Diese Bewegung machte manche Millionen, aber noch viel mehr Bettler. San Franzisko wurde damals der Ein- und Ausgangspunkt der Erpe-

ditionen. Die Stadt wurde im weiteren Verlauf sehr schnell, wurde aber auch mehrmals durch große Feuerbrände in ihrem Wachstum beschränkt. Zu Anfang dieses Jahrhunderts war es schließlich eine der ersten Städte der Vereinigten Staaten. Dann kam das für San Franzisko verhängnisvolle Jahr 1906, wo die Stadt am 18. April zu einem großen Teil durch ein Erdbeben über den Haufen geworfen wurde. Ungezählte Menschen wurden dabei getötet. Veranlaßt durch große Erdbeben und geologische Kamine, trat eine gewaltige Feuererupton aus, die den größten und wichtigsten Teil der Stadt vollständig in Trümmer und Asche legte. Das dabei die Zerstörung von einer Bank ergriffen wurde, ist erkrankt. Der Verlust an Geldwerten belief sich auf annähernd 30 Millionen Dollars, ganz abgesehen von den ungeschätzten Verlusten, die das Wirtschaftsleben im allgemeinen hatte. Aber mit fieberhafter Schnelligkeit ging es an die Aufbaumarbeiten und der Wiederaufbau der zerstörten Stadt. Und sehr bald sproß neues Leben aus den Ruinen empor.

Nun sind fast jener Katastrophe erst hundert Jahre verfloßen; aber wer etwa glaubt, für Bauarbeiter müßte da immer noch die Zeit der vollen Enge sein, der irrt sich. Die fetten Weiden sind schon längst wieder abgegrast. Die wirtschaftliche Lage ist normal, trotz der nach etwa anderthalb Jahren zu erwartenden Eröffnung der Weltausstellung in dieser Stadt. Die Spuren des Erdbebens sind in der Hauptsache verwischt. Gest hat man einmal durch weniger bedeutende Stöße erleidet, so findet man immer noch rauchgeschwarte, gestaltlose Mauernreste, an denen zu erkennen ist, daß nur Rettungswagen sie in diesen Zustand gebracht haben können. An jenen Stellen findet man auch fast gesprungene, aufgebrochene oder ge-

splitte Trottoirs, die kümmerliche Reste von dem, was einst hier vor sich ging.

Die wichtigste Straße von San Franzisko ist die Markettstraße. Eine außerordentlich breite, kommodore Straße, die die Stadt in zwei Hälften teilt. In ihr befinden sich die prächtigsten Läden und viele hohe Gebäude. Das höchste Gebäude hat hier nur 15 Stockwerke. Damit beginnt sich zum Beispiel Belmonts Hotel, das man schon 33 Stockwerke aufeinandergepackt, um sich gewisse Vorteile zu verschaffen, daß bald auch diese Höhe erreicht sein wird. Wer nun glaubt, daß die meisten Menschen in Amerika in solchen „Wolkenkratzen“ wohnen, der irrt sich. Es sind dies lediglich Büreaugebäude, in derartigen Wohnungen findet man fast keine.

Die amerikanischen Städte sind nach dem Grundriss angelegt, nämlich in gleichen Abständen von schmalen Straßen, die sich unter einem Winkel von 90 Grad kreuzen. Dieses Prinzip ist für San Franzisko nicht vollständig durchgekehrt worden, hat aber seine natürliche Lage nicht durchbrechen lassen. In San Franzisko spielt sich der regere Geschäftsverkehr ab. In den Läden, die Hotels, die Restaurants, die Kaffeehäuser sind auch für den Tag von Dutzenden kleinerer, kleinerer Materialisten zur Verwendung genommen. Aber die großen Geschäfte der Häuser ist eine Holzgegend, wo die reichsten Amerikaner nun einmal nicht leben. Die wohlhabendsten Wohnungen befinden sich in der alten Stadt, deren Teile durch ein ausgebreitetes Straßennetz sehr billig und schnell zu erreichen sind. Man führt 5 Cents nach irgend einem Teile der Stadt, 5 Cents

gillerei scheinbar abzulehnen und ihr dabei in Wirklichkeit doch möglichst viele Konzessionen zu machen, eifrig unterstützen.

Eine bürgerliche Interessengemeinschaft, die auf dem Boden des Freihandels stände, gibt es in Deutschland nicht. Dem Namen nach existiert allerdings ein Freihandelsverein, aber in der Praxis hört und sieht man nichts von ihm. Und der Handelsvertragsverein, der von den Gegnern vielfach als freihändlerisch hingestellt wird, verdient dieses Prädikat keineswegs, da sein Ziel nicht die Befestigung der Zölle, sondern die Schaffung möglichst günstiger Handelsverträge unter der Herrschaft der Zölle ist.

Dementsprechend haben wir auch unter den bürgerlichen Parteien des Reichstags keine freihändlerische Gruppe. Es ist nicht wahr, was die Konservativen behaupten, daß die Fortschrittliche Volkspartei freihändlerische Grundzüge vertrete, selbst ihre wirtschaftspolitisch am weitesten links stehenden Mitglieder denken nicht daran. Für sie ist das höchste Ziel die Rückkehr zu den Säulen des Caprivischen Zolltarifs, und auch das ist eigentlich nur eine platonische Liebe; denn sie wissen, daß sich in ihrer eigenen Partei einflußreiche Leute befinden, die mit den heutigen Zöllen schon völlig ihren Frieden gemacht haben, und daß vor allem das Bestreben obwaltet, möglichst in allen Fragen mit den Nationalliberalen Hand in Hand zu gehen. Wenn sich die Nationalliberalen auf wirtschaftspolitischen Gebieten seit 1902 um einen Grad nach links entwickelt haben, so hat der Freisinn, der heute nicht mehr wie vor einem Jahrzehnt von Theodor Barth und andern überzeugten Freihändlern beraten wird, einen gewaltigen Schritt nach rechts getan. Vielleicht hängt das ökonomisch zum Teil damit zusammen, daß die Banken in immer engeren Beziehungen zur schweren Industrie getreten sind, und ihre Vertreter, die sich politisch meist zum Liberalismus rechnen, demzufolge auf die großindustriellen Interessen größere Rücksicht nehmen.

Ebenfalls hat das Freihandelsprinzip heute nur noch in der Sozialdemokratie eine Stätte. Wenn man bedenkt, daß hinter der Sozialdemokratie 4 1/2 Millionen Wähler stehen, so kann man mit Genugtuung auf diese gewaltige Gegnerkraft gegen das heutige System blicken, aber leider reichen 110 oder 111 Abgeordnete nicht aus, dieses System zu stützen. Die Agitation gegen die Schutzzölle ist also hauptsächlich außerhalb des Parlaments zu führen. Durch den Protest der Massen aller Art, die die Werteverzerrungspolitik benachteiligt, müssen die bürgerlichen Parteien, müssen insbesondere Liberalismus und Zentrum, zur Rücksicht auf die Konsumenten gezwungen werden. Und die Massen selbst sind aufzuklären über das, was für sie auf dem Spiele steht; über das, was Schutzzölle und Freihandel für sie bedeutet. Die Sozialdemokratie fordert den Freihandel nicht von dem Standpunkt der altliberalen Mangelerleute aus, die jedes irgendwie gartete Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben verwarren; sie glaubt auch nicht, daß der Freihandel die Formel sei, in der sich alle Gegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Klein- und Großbetrieb, zwischen Kapital und Arbeit zu einer höheren Einheit auflösen. Aber sie sieht im Schutzzoll eine der Formen der Privilegierung einzelner Klassen durch den Staat, und sie er-

blickt in ihm weiter das Mittel, die politische Vorherrschaft bestimmter Schichten auf Kosten der Allgemeinheit wirtschaftlich zu stützen. Sie fordert den Freihandel, weil sie die Interessen der Arbeit gegen die des Kapitals wahrnimmt, und weil sie national genug empfindet, um in erster Linie eine billige und ausreichende Ernährung des Volkes anzustreben.

Rud. Breitscheid.

Unsere Justiz.

II.

Nirgends tritt der Charakter unserer Gerichte vieldeutiger in die Erscheinung als bei der Bestrafung von Verbrechen gegen den gewerblichen Schutzbesitz. Geiz, Strafen muß der Richter, dazu zwingt ihn das Gesetz; aber die verhängten Strafen sind meistens so lächerlich gering, daß sie fast nur formale Wirkung haben. Denn der Kapitalist, der Schutzvorschriften übertreibt, macht damit meist einen Gewinn, der viel, viel höher ist als die zu erlegenden Strafen, so daß die milden Strafen oft geradezu einen Anreiz zu weiteren Übertretungen bilden. Der Richter kann eben aus seiner Haut nicht heraus. Er sieht die Schutzvorschriften mit denselben Augen wie sein Bruder, der Fabrikant: sie sind ihm lästige Schranken des Kapitals, während er von den sozialen Zwecken oft nur sehr geringe Vorstellungen hat. Ist es nicht charakteristisch, wenn sogar die amtlichen Gewerbeinspektoren in ihren Berichten un- ausgeführt darüber klagen führen, daß die furchtbar niedrige Bestrafung von Gewerbevergehen den Zweck der Schutzbestimmungen fast illusorisch machen? Hören wir einiges aus den amtlichen Berichten der Gewerbeinspektoren für 1911:

Ein Fabrikherr, der die Uebersetzung eines Patents ausdrücklich zugelassen und damit einen Unfall herbeigeführt hatte, kam mit einer Strafe von 10 Mark davon (Düsseldorf). Der Beamte in Magdeburg klagt selbst: „Die Verstärkung der Zuhälterverurteilung gegen geistliche Vorschriften war oft noch sehr mäßig. Es kam vor, daß Betriebsleiter wegen Nachlässigkeit von Arbeiterinnen zu 10 Mark und 10 Geldstrafe verurteilt wurden“; aber der Beamte des Polizeibereichs Berlin konstatiert: „Die in beträchtlicher Zahl verhängten Strafen wegen ungeschieblicher Arbeitsschließung schwanken zwischen 10 Mark und 100 Mark“. Was soll man sagen, wenn man folgende Fälle hört: Ein Vorarbeiter, der wegen Vergehens gegen das Gesetz in den Vorarbeiten viermal mit 5, 3, 5 und 12 verurteilt worden war, wurde von neuem angeklagt, weil er Schulkinder fortbewand wie seit Jahren an Werk- und Sonntagen etwa sechs bis sieben Stunden, bis nachts gegen 1 Uhr, mit dem Verkauf von Radreifen in einem Radhof besetzt war. Die erste Instanz griff hier wirklich einmal zu und sprach eine Strafe von vier Wochen Gefängnis aus. Aber der Richter lebte nicht umsonst in Preußen. Er fand in der höheren Instanz Richter mit dem nötigen Verständnis. Sie kamen zu dem Ergebnis, der Mann habe nicht gehorcht, sondern „vielmehr“ (1) aus dem Entschlusse heraus gehandelt, Kinder bei jeder sich bietenden Gelegenheit „zu beschäftigen“, was nur eine Strafe von 100 Mark wertete.

Nicht minder charakteristisch ist es, wenn ein Poliermeister seine Arbeiterinnen täglich bis zu 14 1/2 Stunden arbeiten ließ, und nach dreimaliger Vorbestrafung mit 10, 15 und 10 Mark neuerdings wieder mit 10 Mark davon

kam; „denn die Arbeiterinnen hätten sich nicht überlassen gefühlt“. Solcher Urteile gibt es noch viele. Kein Wunder, wenn manche Unternehmer sie geradezu als einen Anreiz auffassen, das Gesetz zu übertreten. Dafür ist bezeichnend die Äußerung eines Obermeisters in Potsdam, der einen Gewerbeaufsichtsbeamten fragte, was es denn kosten könne, wenn er die Arbeiterinnen in seinem Betrieb länger als gesetzlich zulässig beschäftige. Tatsächlich wurde in diesem Betriebe bei einer daraufhin erfolgenden Revision festgestellt, daß die Arbeiterinnen über die Zeit hinaus festgehalten wurden. Obgleich hier also klar zutage trat, daß die Absicht einer Gesetzesverletzung, ja geradezu eine Verhöhnung vorgelegen habe, brachte es die erste Instanz des Gerichts fertig, den Obermeister nur zu einer Geldstrafe von 3 Mark zu verurteilen. Erst in der Berufungsinstanz wurde diese Strafe auf 100 erhöht. Die Instanz es blieben, wenn der Staatsanwalt in Arnberg den Antrag des Gewerbeinspektors ablehnte, ein Vergehen wegen Arbeitsverletzung gegen einen Arbeitgeber einzuleiten, der eine Riste über die in seinem Betriebe mit Leberarbeit beschäftigten Personen benutzt gefast hatte. Der Staatsanwalt meinte, eine solche Fälschung sei nicht strafbar.

Das sind nur Tropfen aus einem Meer. Und so geht es bei uns jahrein, jahraus. Daß dieser Zustand selbst für vernünftige Arbeiterleben das Verständnis fehlt, dafür nur ein Beleg: Im November 1911 stürzte in Forchheim in Bayern eine eben im Bau vollendete Lagerhalle ein, und begrub eine Anzahl Arbeiter unter ihren Trümmern. Mehrere von ihnen wurden schwer verletzt hervorgerissen, zwei starben an den Folgen der Verletzungen. Die Bauunternehmer Jakob Kraus und Anton Grimm hatten sich nun wegen Körperverletzung und fahrlässiger Tötung zu verantworten, weil sie den Unfall durch ihre fehlerhafte Bauweise verschuldet hatten. Die Angeklagten stellten die Schuld auf das damals stattgefundene Erdbeben; es wurde jedoch durch Sachverständige befunden, daß die Pfeiler aus zu schlechtem Beton, 1 Teil Zement, 12 Teile Kies, hergestellt waren und die Halle zu schwer belastet war. Kraus erhielt 100, Grimm 150 Geldstrafe. (Juni 1912.)

Unglaublich ist das Verwundern, das viele Belegfälle zu erdulden haben, unauflöslicher noch, wie gering die Gerichte bisweilen die Leiden eines jugendlichen verdorbenen Menschen fällen. Der Hotelier und Koffizierent Fritz Mohne in Halle überraschte eines Nachts einen fünfzehnjährigen Kellnerlehrling, der vor Uebermüdung auf dem Bettrahm eingeschlafen war. In seiner Wut mißhandelte ihn der Koffizierent mit einem Gummischlauch, in dem vorn ein Metallstück steckte, prügelte ihn die Treppe hinauf, warf ihn gegen die Wand, schlug ihn mit einem Besenstiel und warf ihn dann auf die Straße. Der Junge war acht Tage arbeitsunfähig. — Strafe 1001 (November 1910).

Der Obermeister Otto Zimmermann in Braunschweig mißhandelte einen sechzehnjährigen Lehrling — ebenfalls mit einem Gummischlauch —, daß dieser 14 Tage bettlägerig war. Da sich der Lehrling sträubte, mußte der Vorarbeiter Steinbeck, Mitglied des Arbeiterfunds (1), helfen. Strafe: Zimmermann 5, Steinbeck 20. (November 1910.) Der Schmiedemeister Schmelzer in Magdeburg hat seinen Lehrling fast täglich geprügelt. Einmal warf er ihm eine handvoll Schrauben ins Gesicht, weil er einen Auftrag nicht richtig ausgeführt hatte. Der geringfügigen Vergehen wegen schlug der Richter auf den Jungen mit einem Eisenhammer, mit andern Eisenstücken, mit einem

ja hier der geringste Gelddertrag, mit dem man überhaupt irgend etwas kaufen kann.

Für den Aufbau von Gebäuden in der inneren Stadt wird fast in immer höherem Maße Eisenbeton verwendet, daneben Backsteine und namentlich auch Kunststeine. Letztere findet man besonders in den hohen Gebäuden, wo ja das Eisengerippe die Gewichtslasten muß. Während meines zwijährigen Aufenthalts in den Vereinigten Staaten habe ich bei meinen ausgedehnten Reisen erfahren, daß hier der Maurerberuf für den Städtebau bei weitem nicht die Bedeutung hat wie in Deutschland. Auf dem platten Lande ist hier für Maurer erst recht nichts oder doch nur verschwindend wenig zu holen.

San Francisco ist nicht, wie Rom, auf sieben, sondern wohl auf hundert Hügel erbaut. Durch diese Hügel sowie durch den Wald aus Ozean und Meerbusen und die gegenüberliegenden Gebirgsketten gewinnt es einen romanischen Charakter. Dieser Charakter wird noch verstärkt durch die Panoramafotografie, die zweifelslos noch bedeutungsvoller werden. Wie alle großen Geschäftstätigkeiten, so beherrscht auch San Francisco eine große Anzahl von Gassen und Gassen, die täglich und stündlich auf ihre Opfer lauern.

Zeitung werden hier in verschiedenen Sprachen gedruckt, auch in deutscher; aber das Geld bezieht sich auf die englische Sprache. In den Radmittags- und Abendstunden erheben die Zeitungsungen ein großes Geschrei, wenn sie ihre Zeitungen verkaufen. Der Verkauf vollzieht sich zu einem erheblichen Teil auf der Straße; dabei wird immer das Wichtigste vom Inhalt laut ausgerufen. In großen Zettern wird immer das Neueste vom Tage hervorgehoben. Ganz besonders beliebt ist die Ergänzung von Zeitungen durch Abbildungen, die hier eine stehende Einrichtung sind. — Groß ist die Zahl der verkrüppelten Menschen,

Opfer einer grausamen Industrie. Viele von ihnen liegen auf dem Trottoir und bitten um Almosen. Täglich sieht man einen Menschen, dem beide Beine glatt vom Stumpfe abgetrennt sind. Durch Verkauf von Weistücken muß sich dieser Fleischtunnen noch ernähren.

Gibt man in den Abendstunden durch die Straßen der Stadt, so sieht man auf eine andere spezifisch amerikanische Notwendigkeit. Es sind dies die Versammlungen auf der Straße. Zahlreiche religiöse Versammlungen finden hier für ihre Betreuer Platz, allen voran die Heilsarmee, die stets eine Musikkapelle mit sich führt. Versammlungen auf der Straße werden auch abgehalten von den „Industrial Workers of the World“, einer Gewerkschaftsrichtung, die der „freien Vereinigung“ in Deutschland entspricht. Versammlungen unter freiem Himmel bedürfen jedoch der Genehmigung nach der Anmeldung. Besonders zahlreich sind diese Straßenversammlungen Sonntags. Selbst hochbetagte Frauen treten manchmal als Rednerinnen auf, um irgendeine eingebildete Weisheit zu verzapfen. Diese von alters her bestehende Sitte erregt aber nicht so große Aufmerksamkeit, wie der Leser vielleicht glaubt. Oft genug bilden nur ein paar fahrlässige Straßenjungen die Zuhörer.

Was man in Deutschland unter dem Namen „Gastwirtschaft“ versteht, gibt es hier nicht. Es gibt Lokale, in denen es nur geistige Getränke gibt. Diese nennt man „Saloon“. Dann gibt es Lokale, in denen es nur zu essen gibt; diese nennt man „Restaurant“. In den Saloons gibt es aber keine Eingelassenheit, sondern man hat da im Stiche zu trinken. Es versteht sich auch ganz und gar gegen den hier herrschenden guten Ton, daß Frauen diese Lokale als Gäste betreten oder gar in ihnen beschäftigt werden. Eine Ausnahme machen nur die Jüngerinnen

der Heilsarmee, die aber nicht etwa in die Saloons eindringen, um es dort den Männern gleichzutun, sondern um ihre Schriften zu verbreiten und damit die „Seelen vom Alkohol zu retten“.

In den Restaurants bekommt man für gutes Geld auch gutes Essen. Die Lebensmittel sind in Amerika verhältnismäßig billiger als in Deutschland. Ganz besonders gilt dies für das Fleisch. Der amerikanische Arbeiter kann sich nach seiner Erfahrung entschieden besser ernähren als der deutsche. Die mannigfachen Ursachen dieses Unterschiedes aufzuführen, würde ich bei dem Charakter dieses Berichtes, der mehr lokaler Natur sein soll, nicht für angebracht. Darüber könnte man allein einen ganzen Band schreiben.

Nun ein Wort zum Kapitel Arbeitsvermittlung. Es sind in San Francisco wohl an die zwei Duzend Arbeitsnachweiser. Diese befinden sich in Gassen von Privaten. Es gibt Nachweiser in kleinen Bureaugebäuden und andere in wenig ansehnlichen Straßen mit primitiver Einrichtung. Manche befinden sich selbst in provisorisch zusammengefügten Bretterbuden. Diese erhalten die unvermeidliche Aufschrift: „Employment Agency“, und der Arbeitsnachweiser ist fertig, aber nicht, um gemeinnützig zu wirken, sondern zur Ausplünderung der Arbeitslosen. Diese Radweiser sind unentgeltlich für den Unternehmer; dafür hat aber der Arbeiter die ganze Sache zu bezahlen. Es werden da Arbeiter aller Art vermittelt: für Holzschläger, Eisenbahnbauern, für Farmen und Sägenmühlen, für Straßen- und Wegebauern, Hotel- und Restaurationspersonal und dergleichen mehr. Die Gebühren für Vermittlung einer Arbeitsstelle schwanken; aber 1 Dollar ist so ziemlich die niedrigste Gebühr. Man findet nicht selten einem Arbeiter 2 Dollar ab. Wir ist ein Fall bekannt, wo man selbst für Vermittlung eines Postens

Und schließlich noch ein Zitat aus einem Urteil des schlesischen Oberlandesgerichts, das beweist, daß unser Richter der Begriff der Solidarität und die Berücksichtigung des Straßenspruchs durchaus geläufige Dinge sind, wenn ihre eigenen Standesgenossen, die Werte, in Betracht kommen. Das Urteil betrifft den Mietzins und ist mitgeteilt in der „Sozialen Praxis“, Bd. XV, S. 800.

Erfahrungsgemäß werden bei Lohnkämpfen auch die berechtigten Forderungen durch den Zug fremder Arbeitskräfte leicht gefährdet und zum Scheitern gebracht. Wer daher die Festhaltung der arbeitenden Masse jeden Standes . . . anstrebt, wird darauf bedacht sein müssen, solchen Zug von dem Geleise des Lohnkampfes möglichst fernzuhalten und zu verhindern, daß der Bedarf von Arbeitskräften von auswärts gedeckt wird. Deshalb muß der Lohndruck, der sich die Förderung der wirtschaftlichen Lage seiner Angehörigen zur Aufgabe macht . . . auch Vorkehrungen dahin treffen, daß die wirtschaftliche Bedrückung, insbesondere die mehr oder minder arbeitende Masse übergehen und ihre Dienste den anderen, der im Lohnkampf den Vereinigungsmitteln als Gegner gegenübersteht. Gerade die wirtschaftlich Schwächsten sind naturgemäß der Beschädigung besonders ausgesetzt, mit einer geringen Verbesserung ihrer Lage sich abfinden zu lassen und nach Erreichung dieses oder eines anderen Teils der gemeinsamen Sache zu verlassen und das von den übrigen Berufsständen und anfänglich auch von ihnen selbst angestrebte Ziel aufzugeben.

Hinter jeden Soli möchte man ein großes „sehr richtig“ mahlen. Schade nur, daß man dabei Ausführungen niemals in Urteilen gegen streikende Arbeiter liest!

Politische Umschau.

Zur preussischen Wahlrechtsfrage. — Die Konföderation und das Reichswahlrecht. — Die Sicherung der Volkswirtschaft durch die Einkommensteuer des Reiches. — Weitere Preissteigerungen für Getreide als Folge der agrarischen Wirtschaftspolitik. — Einmischung und Militärbesetzung. — Die „Defensivität“ im Krupp-Prozess. — Waffensystem nach dem Balkan.

Die vorübergehende Trennung der Konföderation und des Zentrums bei der Entscheidung der Bundesverträge wird bei diesem wie auch bei jenen schmerzhaft empfunden, und wenn auch der Zusammenhang zwischen beiden Parteien noch andauert, so offenbaren doch besonders die leitenden Organe des Zentrums, daß sie nicht sehr leicht zu versöhnen, als eine völlige Auflösung mit dem Freunde. Noch einmal kommt das fühlende Gitter Zentrum in einem programmatischen Artikel auf die Stellung des Zentrums zum preussischen Wahlrecht zurück und erklärt, daß es auf die Einführung des Reichswahlrechts in Preußen völlig verzichten sollte und nur für solche Reformen eintreten werde, über die es sich vorher mit den Konföderation verständigt habe. Das solle „Reformen“ auf die Voraussetzungen des Reichswahlrechts vollständig einwirken, sein werden und, welche sich von selbst. Darauf kommt es dem Zentrum ja auch nicht an, solange ihm das Reichswahlrecht die Gewähr bietet, sich eine ausgleichende Stellung im preussischen Parlament zu sichern. Wie sich der Zentrumspolitiker die Möglichkeit denkt, daß sich die drei größten Parteien, die Konföderation, das Zentrum und die Nationalliberalen, außerparlamentarisch auf gewisse Absichten einigen, um das Reichswahlrecht in ein „moderates“ umzuwandeln, verzieht er allerdings nicht. Jedenfalls befinden die konföderativen Blätter für diese „Reform“ mehr Verständnis als für die Stellung des Zentrums zum Reichswahlrecht, das zu ändern, selbst nach der Auffassung des Zentrumsmanes die schärfsten und unübersehbaren Kämpfe entfachen würde.

Wehr als die Festlegung des Zentrums auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht für den deutschen Reichstag interessiert die Tagespresse, daß gerade in diesem Artikel, dessen Niederschreiben um die Gunst der Konföderation tatsächlich angefallen ist, das Spiel mit einer Verschönerung des Reichswahlrechts als „simultane und feindlich“ bezeichnet wird. Bei der gemauerten Kenntnis der konföderativen Wünsche und Hoffnungen liegt natürlich der Gedanke sehr nahe, daß innerlich der Zentrumspartei Kräfte am Werke sind, die auf eine Beilegung des Reichswahlrechts abzielen. Wenn auch die „Kreuz-Ztg.“ sich und die Konföderation in künstlicher Erregung gegen den Vorwurf, ein solches Spiel zu treiben, verwahrt, so propagiert doch die agrarische „Zeitung“ die „Angelegenheit dieses Wahlrechts.“ Es heißt darin: „Die Bedenken gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht liegen offen auf der Hand, als daß man sie einfach übergehen dürfte, um der Volkswirtschaft zu schaden.“ Gibt denn bei der Durchführungsfrage durchdringende politische Überlegungen die „Angelegenheit“? Persönliche Verrechnung, Passivfunktion fallen nur allzu oft schwer ins Gewicht. Der Name „Stimmzettel“ trifft auf unzulässige „Wahlkreise“, die keineswegs innerlich verwirklicht sind, was sie irgend einem jamaikanischen Volkswirtschaftler sich künstlich haben einbilden lassen.“ Wenn sich das Agrarierzentrum diese Bedenken „nicht zu eigen machen“ will, so ist das aus agrarischen Absichten wohl begreiflich. Damit jedoch, daß es diese Ausführungen als Behauptung an die Spitze des Blattes stellt, bekundet es, daß es die Zentrum-

maßnahme, kein „sinnloses und triviales Spiel“ mit einer Verschönerung des Reichswahlrechts zu treiben, in den Wind schlägt. Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß Jünger, als die preussische Regierung mit einer Wahlrechtsreform an den Bund herantritt, erfahren sich jenseits des Reichs als paralytisch, während sich damals die Jünger bereit, einer „Modifikation“ des preussischen Wahlrechts zugestimmen unter der Bedingung, daß das Reichswahlrecht dann diesem „angepaßt“ würde.

Ob die Regierung im Bunde mit den reaktionären Parteien im jetzigen Reichstage allerdings einen Vorstoß gegen das Reichswahlrecht, der ihnen ohne Zweifel mitgeteilt müßte, wagen würde, glauben wir kaum. Immerhin jollte gerade solche jüngerlichen Umsturzgeister den Rinfolge und Energie auf die Sicherung und Vernehmung der Volkswirtschaft hingewenden. Wir denken nun aber an die Reueinleitung der Wahlrechtsfrage, der sich die Regierung, im stillen Gegensatz zum Wahlrecht, bisher stets mit Hilfe der reaktionären Parteien entzogen hat. Der jetzige Zustand, der die Gleichheit des Wahlrechts zur Frage macht, bedeutet eine ungeheure Verengung des landwirtschaftlichen Offens vor den industriellen Kreisen, des platten Landes vor den Stadtbewohnern; eine Verengung, die den Interessen der Konföderation und des Zentrums entspricht. Möge es dem Reichstage bald gelingen, diese notwendige Reform durchzuführen und damit den Feinden des allgemeinen, gleichen Wahlrechts ein entscheidendes Gegengewicht zu schaffen.

Neben der Frage der Sicherung der Volkswirtschaft wird die Einkommensteuer des Reiches ihre Augenmerk besonders darauf zu richten haben, daß der unheilvollen agrarischen Wirtschaftspolitik ein Ende gemacht werde und endlich durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung der Lebensmittelverengung getroffen werden. Den erneuten Beweis, wie nahe die Lebensversorgung des deutschen Volkes zurückgegangen ist, erbringt das nun veröffentlichte zweite Vierteljahrsheft der Statistik des Deutschen Reiches. Während nach dieser Statistik bei allen anderen Vorkriegszeiten seit dem Jahre 1900 ein fast ununterbrochener Rückgang an Erzeugnissen zu konstatieren ist, liegt die Zahl der für den menschlichen Genuß geschlachteten Pferde von 150 000 im Jahre 1910 auf etwa 180 000 im Jahre 1912. Noch trübender ist die Steigerung der Zahl der geschlachteten Schweine, die von 6500 im Jahre 1911 auf rund 8000 im Jahre 1912 gestiegen ist. Diefelbe Tendenz weisen auch die Ergebnisse des ersten Vierteljahres des laufenden Jahres auf. Da die Einkünfte von ausländischen Fleisch und Vieh in der gleichen Zeit auch noch zurückgegangen ist, so kann die Preissteigerung selbst gegenüber dem Vorkriegs, in dem doch, unter dem Zwange der Verhältnisse allerdings nur, von der Regierung und den Konföderation die Existenz eines Notlandes zugegeben wurde, nicht wundernehmen. Berücksichtigt man ferner noch, daß die Bevölkerung des Deutschen Reiches jährlich um fast eine Million zunimmt, so kann man sich ein Bild davon machen, wie sehr die Ernährung des deutschen Volkes leidet. Um den Profit der landwirtschaftlichen Junkerklasse nicht zu schmälern, vermeidet es die Regierung sorgfältig, durch die Öffnung der Grenzen für eine ausreichende Ernährung des Volkes Sorge zu tragen. Angesichts der Steigerung der Viehpreise hat der Magistrat der Stadt Rürnberg bereits den Beschluß gefaßt, die Staats- und Reichsregierung um Zollermäßigung auf Vieh zu bitten. Es wird von besonderem Interesse sein, wie sich die Regierung in diesem Jahre mit dem Vortage der Viehpreise Schuttbewehrung, der zweifellos bald andere folgen werden, abfinden wird. Jedenfalls werden die Parteien der Linken, besonders die Sozialdemokratie, den Kampf gegen die agrarische Wirtschaftspolitik, die von Jahr zu Jahr bedenklichere Formen annimmt mit zäher Entschlossenheit weiterzuführen, bis endlich dem ungeliebten System der Schutzpolitik ein Ende gemacht ist. Palliativmaßnahmen, wie die Einführung der abgedruckten schematischen Fleischquotenlimitation, die unter dem Segen der Regierung sanft einschlämmt zu sein scheint, helfen da nicht mehr.

Mit mehr Initiative und Energie wird hoffentlich die vom Reichstage verlangte parlamentarische Untersuchungskommission, die den gesamten Komplex der Militärleistung eingehend zu prüfen hat, ihre Arbeiten aufnehmen. Dabei wird diese Kommission auch einmal gründlich hineinschauen haben in die Art und Weise, wie diese Arbeiten von der Militärbehörde vergeben werden. Der jetzt geübten Praxis, daß von der Behörde eine kleine Anzahl von Firmen, die besonders gute Beziehungen zu den Militärbehörden pflegen, ausgewählt und aufgefordert werden, Kostenvoranschläge einzureichen, muß jedenfalls ein Ende gemacht werden, da hierdurch die Abhängigkeit unter den bevorzugten Firmen zum Schaden des Reiches nur zu leicht möglich gemacht wird. Zweifelslos von künftiger Seite wird in einer Zukunft ein „Berliner Tagblatt“ über das System lebhaft Klage geführt. Es heißt da:

„Daß bei Aufstellung der Unternehmensliste Beziehungen und sonstige gute Eigenschaften eine große Rolle spielen, braucht nicht erst gesagt zu werden. Wie schwer es zum Beispiel schon, über den Magistrat an den Regierungsbureauks heranzukommen. Um sich das leichter zu gestalten, haben einige große Firmen, die bisher auch noch nicht für die Militärbehörde gearbeitet haben, Regierungsbureauks als Vertreter eingestellt; eine Groß-Firma, die am liebsten sich sogar einen ehemaligen „Garnison-

bureauks“ spezial bei Arbeiten, wo militärische Geheimnisse nicht in Frage kommen, müssen wir fordern, daß weiten Kreisen Gelegenheit geboten werde, sich daran zu beteiligen. Dies kann aber nur durch öffentliche Submission geschehen. Auch nur dann kann die Militärbehörde auf preiswerte Angebote rechnen; denn zu leicht können sich die Firmen bei beschränkter Submission über die Preise einigen.“

Vor allem sollte den Militärbehörden zur Pflicht gemacht werden, daß sie nur solche Firmen mit den Arbeiten betrauen, die ihren Arbeitern die mit den gewerkschaftlichen Organisationen abgeschlossenen tariflichen Abzüge zahlen. Wenn in dieser Hinsicht wieder einmal, wie es schon so oft im Reichstage geschehen ist, schärf kritisiert wird, daß sich Militärpersonen pensionieren lassen, um dann in der Privatindustrie ihrer guten Beziehungen, weniger ihrer Kenntnisse wegen, hochbezahlte Stellen anzunehmen, so sollte gerade der jetzt schwebende Krupp-Prozess von neuem bewiesen haben, wie fortpantierend dieses System wirkt.

Wir werden auf diesen Prozeß, der augenblicklich im Mittelpunkt des politischen Interesses steht und weit über Deutschlands Grenzen hinaus lebhaft erörtert wird, nach seinem Abschluß noch näher zurückkommen. Wenn auch der Vertreter der Anklage nach der Eröffnung des Prozesses erklärte, daß die Kruppaffäre die Öffentlichkeit der Reichsregierung ausgereizt habe, daß diese ein Interesse daran habe, daß die Verhandlungen nicht hinter verschlossenen Türen stattfänden, so ist diese Öffentlichkeit immerhin insofern nur eine recht bedingte, als es des beengten Raumes wegen nur einigen wenigen Pressevertretern möglich ist, den Verhandlungen beizuwohnen. Für einen großen, ja vielleicht den wichtigsten Teil der Verhandlungen hat man noch dazu selbst diese „Öffentlichkeit“ unter dem Deckmantel der Staatsgeheimhaltung und der Gefährdung des militärischen Interesses ausgeschlossen, so daß es schwer möglich sein wird, überhaupt einen klaren Einblick in die von der Firma Krupp betriebenen Praktiken zu gelangen.

Die Hoffnungen, daß der zweite Balkankrieg nicht von langer Dauer sein werde, haben sich erfreulichweise erfüllt. In Bulgarien, der rumänischen Hauptstadt, sind in der vergangenen Woche die Vertreter der Balkanstaaten zu einer Friedenskonferenz zusammengetreten und haben in der ersten Sitzung einen einstimmigen Waffenstillstand, beginnend am 31. Juli, beschlossen. Unterzeichnet hat die Waffenstillstandskonferenz in London ein Mittel, das die Türkei zum Abzug aus Albanien bewegen soll. Doch sind die Türken durchaus nicht geneigt, auf die günstige Gelegenheit zu verzichten, von dem ihr Gewählten wieder etwas zurückzuerlangen. In einer offiziellen Erklärung erklärt die türkische Regierung die Mächte an die Erklärung beim Beginn des ersten Balkankrieges, in der das Prinzip der allgemeinen Integrität der Türkei feierlich proklamiert wurde.

Wirtschaftliche Rundschau.

Günstige Ernteschätzungen für den Weltmarkt für Deutschland. — Getreidepreise. — Scheitern der Stahlindustrie. — Hamburg gegen Bremen.

Die erneuerten Erfahrungen sind in letzter Zeit so selten geworden, daß es kein Wunder ist, wenn man sie sofort übertrifft und so kaum haltbaren allgemeineren Schlussfolgerungen zugeht.

Die ernüchternde Tatsache, unermesslich leichter Geldflüssigkeit, die freilich auf sehr künstlichen Verbindungen aller für die Volkswirtschaft leitenden Kreise beruht, bilden gegenwärtig die wohlgeplanten Ernteschätzungen die Grundlage für hoffnungsvollere Betrachtungen. An sich mit Recht, da von der reicheren Kaufkraft der Landwirtschaft, ferner von der härteren natürlichen Produktionsverhältnisse und nicht auf künstlichen Schwächungen der Kaufkraft anderer Wirtschaftsklassen beruht, stets eine ungeheure belebende Wirkung auf den wirtschaftlichen Gesamtzustand ausgeht. Diese war in den Agrarländern stets von vollständig ausgleichender Bedeutung, aber selbst in den industriell entwickelten Staaten, in denen die Landwirtschaft nur einen Produktionszweig neben vielen andern bildet, blieb sie jederzeit unverwundbar. Diesmal scheinen alle Vorbedingungen für eine große Weltweite erfüllt, obwohl die Zufälle des Jahres immer eine überaus große Rolle spielen können: folgen doch im Vorjahre den ersten sehr erwartungsvollen Berichten später infolge der andauernden Misse die depressiveren Schätzungen, bis dann der wirkliche Ertrag der Menge nach, wenn auch nicht in der Höhe, dennoch außerordentlich günstig ausfällt. Ferner liegt für die südliche Erdhalbkugel die Ernte noch in ziemlich ferne Zukunft; Argentinien und Australien sehen erst gegen den Jahreschluss ihr Getreide schnittreif, so daß hier sehr unsichere Faktoren mitspielen.

Nach den Wahrscheinlichkeitsrechnungen des bekannten Handelsrates „Borholms“ Corn Trade List“ würde die diesjährige Weltweite für Weizen einen Rekordwert bringen. In Europa sind dabei (in 1000 Quartals) 480 englische Gewichtshundert (vor allem höher angelegt: Ausland mit 105 000 in 1913 gegen 80 500 in 1912), Italien mit 24 800 gegen 20 800, so daß das europäische Gesamtanwarts von 249 600 auf 292 800 steigen würde. Die außereuropäische Ernte, die schon 1912 ausnehmend reich ausfiel, würde für Kanada und die Vereinigten Staaten, ferner für Ägypten und Tunis, die Ergänzungsländer für Frankreich, eine Zunahme, für Argentinien nach seiner ganz außerordentlichen Rekord-Ernte eine gewisse Abnahme, sonst im Durchschnitt ungefahr eine Gleichleistung bringen, so daß als gesamte Welt-ernte anzunehmen wäre: 1908 381 235, 1909 437 260, 1910 442 300, 1911 435 300, 1912 482 850, 1913 476 300 (1000 Quartals). Selbst wenn man die künftige Verrechnung der Bevölkerung berücksichtigt, läßt sich ein außerordentlich hoher für den Weltmarkt zur Verfügung. Dieses Plus würde sich nach

**Darmstädter. (Unternehmerkreis, Zeit-
heit der Mauer.)** Seit dem Jahre 1808 behand-
elten Darmstädten eine Organisation der Mauer. Sie
war natürlich das einzige Unternehmen am Ort, Erich Me-
timmer ein Zorn im Auge. Um ihre Wirksamkeit zu unter-
stützen, wurde eine Kommission aus den Mauerarbeitern
zu bilden. Auch in der Gemeinde selbst wurden
Abteilungen mit einer Abteilung beauftragt. Alles das
wurde aber nicht, sondern der Unternehmer wünschte
zu bleiben nicht, sondern als ein der Arbeitgeber
angesehen. Aber auch dieser konnte die Erhaltung
des Unternehmens nicht erfüllen. Die Arbeit sollte er
nach dem Recht der Organisation, wie ein Unternehmen
betreiben es aber nicht. Schließlich, die Arbeitgeber

Zu unserer Tarifpolitik

Obwohl nach Ansicht unserer diesjährigen Sachverständigen der größte Teil der in der Inanspruchnahme der unfreiwilligen Zeitspolitik zum Ausdruck gebrachten Forderungen durch die Regierung wegen dieser Zeitspolitik in zwei Kreisen der Stollgenheim sehr groß war, hat auf unser Aufforderung, die Zeitspolitik des Verbandes im nächsten Jahrgang zu diskutieren, bis jetzt kein einziger Kreis geantwortet. Nur vom Zweizehner Reginald einem in Amerika lebenden Stollgenheim, hat uns eine schriftliche Antwort gegeben, in der er erklärt, dass er sich nicht an der Diskussion beteiligen will. Wir halten aber für dringend notwendig, diese Frage diskutiert und eine Meinung darüber herbeigeführt habe. Zudem fordern wir wiederholt zur

Ein „ungetreuer Genosse“.

[illegible]

Unternehmerterror gerichtlich bestätigt.

[illegible]

Die Arbeitslosigkeit in München.

War in dem Kreis München mit uns weniger
nahmen im Jahre 1912 die Arbeitslosigkeit schon pro-
fiat sie in diesem Jahre, neu; besonders in 2. und 3. und
Böge erreicht, wie alle Jahressummen nicht. Daß die
eintreten würde, war schon bekannt, der etwas von
schäftsleben verfiel, jedoch nicht und verständlich
unsern Vertretern im Landtag die Einführung der
keilschönverwirklichung verlangt wurde. Aber leider
das betreffende Zentrum in Bayern nicht totalitäre
Anregungen nicht ausging. Es schaute die am

Jahre	Defiziten	Davon beurteilt geworden	Ge- arbeitet wurde in	Der Unter- suchung angehört allein in	Anzahl der be- schäftigten Einzelsteuer	Anzahl der be- schäftigten Gesamten
1906.....	186	24	162	—	254	355
1907.....	169	32	137	—	189	217
1909.....	136	29	107	—	72	124
1910.....	139	31	108	—	86	169
1911/12 ..	170	?	?	—	—	—
1913.....	125	60	65	18	78	28

[illegible]

Internationale Bauarbeiterbewegung. Bosnien und Herzegowina.

Der Bauarbeiterverband für Bosnien und die Herzogovina konnte für die Jubiläumsnummer des „Grundstein“ keinen Bericht über den Stand der dortigen Organisation und Presse senden, weil der Verband im Mai von der reaktionären Regierung aufgelöst worden war. Nachträglich sendet uns nun die Leitung des „aufgelösten“ Verbandes mit herzlichsten Grüßen an die deutschen Kollegen folgenden Bericht, der zeigt, daß die bosnische Organisation nicht gewillt ist, den herrschenden Mächten zu weichen:

Der Verband der Banarbeitler Bosniens und der Herzegovina wurde am Anfang des Jahres 1905 gegründet. Schon am 28. Mai 1905 ist ein Streik ausgebrochen, der aber nur einen Tag gedauert hat. Durch ihn ist die Arbeitszeit von zwölf auf zehn Stunden täglich reduziert und der Tagelohn von Kr. 3 auf Kr. 3,60 bis 4,40 festgesetzt worden. Wegen Nichteinhaltung dieses Vertrages durch die Unternehmer ist es im Monat August wieder zum Streik gekommen, der jedoch infolge beispielloser Schikanen der Arbeiter am 1. September 1905 beendet wurde. Am 2. September 1905 ist es durch Generalstreik gelungen, nach viertägigen Kämpfen einen Tarif mit Zehnstundentag und 44, 50 und 54 Heller-Stundenlohn durchzusetzen. Infolge des Generalstreikes wurde auch in den Provinzorten Banja-Luka, Travnik, Mostar, Tuzla, Zenica und Breko für die Banarbeitler die Arbeitszeit von 12 bis 13 Stunden auf zehn Stunden täglich reduziert und die Löhne auf Kr. 4,20 bis Kr. 4,50 erhöht. Alle diese Kämpfe hat der Verband organisiert, geleitet und durchgeführt. Obwohl er als illegale, geheime, statutenlose Organisation geführt, weil das Verbandsstatut bei der berühmten Schnelligkeit der bosnischen Behörden erst am 21. September 1906 bewilligt wurde. Am 2. September 1906 wurde der Verband in Sarajewo in der Arsenale in der Praxine

Im Jahre 1907 haben die Unternehmer den Stundenlohn um 8 Heller aufgebessert, aber schon im Monat August wegen des Tischlerstreiks zur allgemeinen Bauarbeitersauesperrung gegriffen, die jedoch für die Unternehmer erfolglos geblieben ist. Doch auch die Bauarbeiter konnten diesen Angriff nicht zur Verbesserung ihrer Lage benutzen, weil sie damals unvorbereitet waren. Am 11. Juli 1910 brach ein Streik aus, der bis 3. September dauerte und der, dank der kräftigen Hilfe

der Bauarbeiter-Internationale, den Bauarbeitern die neunundstündige Arbeitszeit und für die erste Klasse 78 Heller, für die zweite Klasse 68 Heller und für die dritte Klasse 53 Heller Stundenlohn durch Vertragsabschluß bis 31. Dezember 1918 gesichert hat. Bei allen Kämpfen ist es jedoch nicht gelungen, die herrschende Akkordarbeit zu beseitigen und die Anerkennung der Organisation durchzusetzen. Um diese zwei Punkte wird im Jahre 1914 wiederum gekämpft gewesen, weil der Verband am 1. Juli 1913 die Tarife, trotz seiner Auflösung, vertragsmäßig gekündigt hat. — Die Mitgliederbewegung und den finanziellen Stand des Verbandes seit seiner Gründung zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Beiträge	Mitgliederstand am Jahresende	Einnahmen		Ausgaben	
			Kr.	H.	Kr.	H.
1905.	215	196	395	40	325	40
1906.	200	265	719	20	670	84
1907.	297	264	5982	63	2348	97
1908.	271	387	9529	94	4435	99
1909.	193	315	9075	68	2906	41
1910.	617	711	36169	14	36169	14
1911.	582	829	17347	95	14678	93
1912.	648	1114	17121	86	16783	72

Insgesamt sind also bis Ende 1912 8923 Mitglieder beigetreten, aber 1909 Mitglieder abgereist oder ausgesprochen. — Ein eigenes Verbandsorgan besitzt der Verband nicht, und zwar hauptsächlich aus Rücksicht auf das einzige Parteiorgan „Glas Slobode“, das nur durch obligatorisches Abonnement der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erscheinen kann. Die Bezugspreise sind aus Verbandsmitteln zu bezahlen und werden serbo-kroatisch sprechende Mitglieder bekommt das Blatt kostenlos. Für Mitglieder anderer Nationen sind wir gezwungen, auch die entsprechenden Parteiblätter zu abonnieren, und zwar die slowenische „Zarja“, die deutsche „Volksstimme“, den italienischen „Avanti!“ und die ungarische „Népszava“. Das verursacht dem Verbands große finanzielle Opfer und wir rechnen schon damit, daß wir trotz aller Schwierigkeiten gezwungen werden, für die serbo-kroatischen Mitglieder eine Fachzeitung herauszugeben und für die andern die Fachorgane der Bruderverbände zu beziehen. Die Beziehungen zwischen der Verbandsleitung und den Ortsgruppen sind außerordentlich durch Rumschreiben, das Parteiorgan „Glas Slobode“ und schließlich eine allmonatliche von Genossen Rauscher, Sekretär der Gewerkschaftskommission, herausgegebene, auf Schreibmaschine und Cyclostyle hergestellte Korrespondenz, eine Art botenmäßiger Gewerkschafter. Die Agitation ist besonders wegen nationaler Verhältnisse sehr schwer und fast erfolglos.

Am 3. Mai dieses Jahres ist der Verband mit sämtlichen Gewerkschaften aufgelöst worden und bis heute noch nicht wieder zugelassen. Zurzeit stehen wir in Verhandlungen mit der Regierung wegen Bewilligung eines Statuts, das in Österreich-Ungarn schon lange Jahre bewilligt und nur wegen der sprichwörtlichen Dummheit unserer Bürokraten für Bosnien staatsgefährlich ist. Die Regierungspaschas beabsichtigen, den Gewerkschaften jede legale Kampfmöglichkeit zu nehmen und sie zu Versteherungen zwingen zu sollen, um die Arbeiter von sich abzuschneiden, unser Kampfrecht zu wahren, und gerade zu diesem Zwecke haben wir mit Zustimmung der Mitglieder die Beiträge in den letzten 14 Monaten von 60 Heller auf 1 Krone pro Woche erhöht. Wir hoffen, daß wir mit Hilfe der gesamten Internationale auch aus diesen schweren Kämpfen als Sieger hervorgehen werden.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

An die Delegierten zum dritten Bauarbeiterschuttskongress.

Die Delegierten, die ihrer Meldebefarte noch nicht an das Lokaltomitee in Leipzig abgereicht haben, werden dringend ersucht, dies unverzüglich zu tun. Es stehen genügend Wohnungen zu angemessenen Preisen zur Verfügung. Auch die Delegierten, die sich selbst eine Wohnung beschaffen wollen und auf die Beförderung einer solchen durch das Lokaltomitee verzichten, müssen ihre Meldebefarte einfinden. — Sonnabend, den 9., und Sonntag, den 10. August, befindet sich das Lokaltomitee im Volkshaus, Heizer Straße 32. Letzteres ist Empfangslokal für die Delegierten und vom Hauptbahnhof mit der M-Bahn der Straßenbahn direkt zu erreichen. Am Hauptbahnhof werden Genossen, durch entsprechende Weisungen kenntlich, angewiesen, um den Delegierten die nötigen Ausweise zu geben und, wenn nötig, als Führer zu dienen. Im Volkshause erhalten die Delegierten ihre Wohnungskarte und anderes Material ausgehändigt. — Meldebefarte und sonstige Zuschriften sind zu richten an H. Böttcher, Heizer Straße 32, Arbeiterssekretariat.

An die Bauarbeiter von Rheinland und Westfalen!

Seit dem 16. Juli befinden sich die Heizungsmonateure und Helfer in Rheinland und Westfalen im Streik. Eine Reihe von Firmen hat bereits den neuen Tarif anerkannt. Damit werden die Kollegen nun nicht in die unangenehme Situation kommen, ungewollt den Arbeitswilligen behilflich sein zu müssen, em-

pfiehlt es sich für alle Kollegen, die mit Heizungs Monteuren zusammenarbeiten, sich von den betreffenden Monteuren die Berechtigungs Karte vorlegen zu lassen. In Zweifelsfällen würde man sich an die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Münchburg. Der Kollege Josef Plösch, Erdarbeiter, ist am 26. Juli am Kanalbau Karolinenstraße, bei der Firma Holzmann & Co., in den acht Meter tiefen Kanal gestürzt, wobei er einen Beinbruch erlitt. Plösch wollte den Kanal überspringen, er sprang zu kurz und stürzte ab.

[illegible][illegible]

Wienberg a. N. In Weinberg a. N. am 28. J. drei Arbeiter des Steinbruchsweßers Frey Räder mit 6 Kubfaden eines Steines beschäftigt, der ein Gewicht von 7 bis 7 Tonne hatte. Da die drei Arbeiter der Kost nicht gewöhnt waren, kam der Stein im Aufsteigen und Schlagen des Rades an. Stalt den Unglücklichen mit dem Anstöße aus dem Untergrund zu schaffen, benutzte man zu Anordnen des Unternehmers einen gewöhnlichen Karren hierzu, um die Beurlugelnden natürlich höchst beschwerlich zu machen. Der Unternehmer ließ die Arbeiter mit einem Trau auf die Straße geschickt beschuldigt; die mußte den Unfall erst durch drei Personen erforschen. Ueberhaupt läßt die Behandlung der Arbeiter durch diesen Unternehmer recht viel zu wünschen übrig. Auf dem Arbeitsplatze sind die Verordnungen; strengst es vorgekommen, daß ein Arbeiter die Arbeit nicht zu Ende machen konnte, weil er krank war. Die Arbeiter sollten den Anblick an die Organisation dienen unwürdigen Zuständen zu Ende machen.

Leipzig. — Am Neubau in der Reichstraße befindet sich der Hilfsarbeiter Emil Erdmann dadurch sehr glücklich, daß er unter die Bauplätze zu liegen kam, als die Arbeiter die Fundamente des neuen Hauses abtrugen, so lag er dort, ohne daß man ihn bemerkt hätte. Die hinter der Pflanze, die er sich ausgesucht hatte, befand sich eine große Wurst, die er sich auch genommen hatte. Er hatte sich auch eine große Wurst ausgesucht, die er sich auch genommen hatte. Er hatte sich auch eine große Wurst ausgesucht, die er sich auch genommen hatte.

Wäuen i. B. Am 18. Juli verunglückte am Thallenneubau der sieben Bürgerschule der Maurer Knecht Berner, indem er beim Schürhohlecken etwa 8 Meter die Tiefe stürzte. Er zog sich einen Bruch des Schließbeins und auch innere Verletzungen zu und mußte in städtische Krankenhaus gebracht werden.

Zur Frage des Submissionswesens.

Es ist bekannt, daß zuerst infolge der Deception Bewegung in den meisten größeren Orten unzählige freiwillige Hände aus Mangel an Beschäftigung liegen — nicht nur wochen-, sondern monatelang, furchtbare Scheit bei Arbeitslosigkeit in Berlin grassierten, wo sie grauenhafte Spuren hinterließ, nicht nur die Gerüste, die unsere Organisation angeordnet werden mit verzweifelter Mühe zu betrieblen (sondern auch die Arbeit der Arbeiter, die in den Fabriken erzeugten Aufwandsarbeiten stehen. Zum Beispiel wird schließlich unter den Soldatenleben. Sie können am 10. November dagegen anfallen, als die Ergebnisse ihrer Arbeit transportfähig sind, was bei den Produkten der eigenen

